

Warnung vor „rassistischer Debatte“

Der Vorsitzende der Kommunalen Ausländervertretung sieht Fortschritte bei der Integration. Manche Entwicklung macht ihm aber auch Sorgen.

Auf Peter Feldmann lässt Enis Gülegen kaum etwas kommen – was nicht nur daran liegt, dass der Oberbürgermeister und der Vorsitzende der Kommunalen Ausländervertretung (KAV) beide SPD-Mitglieder sind. Jüngst hat Feldmann jene afrikanischen Flüchtlinge besucht, die in der Gouttekirch Obdach gefunden haben. „Wenn er dafür Zeit aufbringt, anstatt Empfänge zu besuchen, finde ich das gut“, lobt ihn Gülegen.

Über solche Einzelaktionen hinaus sieht er mit Feldmann einen grundsätzlichen Wandel gekommen: „Im vergangenen Jahr sind Integration und Migration in der Chefetage angekommen“, hebt Gülegen hervor. Er verweist auf den im Juli von Feldmann und Integrationsdezernentin Nargess Eskandari-Grünberg (Die Grünen) verabschiedeten Zehn-Punkte-Plan zur „Internationalität und Vielfalt“, der sich unter anderem mit der Personalgewinnung für die Verwaltung befasst. Feldmann ist auch Personaldezernent.

Für Gülegen ist dieser Plan ein „Meilenstein“, der sich in vielem mit Forderungen der KAV deckt, etwa mit jener, die Zahl der Migranten in der Verwaltung zu erhöhen. Nun müssten all diese Vorhaben aber auch in die Tat umgesetzt werden. Ihm schwebt zum Beispiel ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren für Stellen bei der Stadt vor, und er weiß dabei die Antidiskriminierungsstelle des Bundes an seiner Seite. Ob die schwarz-grüne Koalition in Frankfurt das mitträgt? Signale aus der CDU-Fraktion machen Gülegen wenig Hoffnung, wie er durchblicken lässt. Dennoch fordert er: „Zumindest probeweise sollte Frankfurt es einführen und nach einigen Jahren auswerten.“

Gülegen will in diesem Jahr die Kontakte zu den Fraktionen im Römer intensivieren, auch, um über Vorhaben wie das anonymisierte Bewerbungsverfahren zu sprechen. Er weiß, wie wichtig derartige Beziehungen sind, um etwas zu bewegen in der Integrationspolitik, und dass es für die KAV nicht reichen wird, einen Antrag nach dem anderen zu stellen. Ginge es nach Gülegen, würde es in diesem Jahr noch zwei weitere Zehn-Punkte-Pläne geben, nämlich mit dem Bildungs- und dem Kulturdezernat. Gülegen, der als Lehrer an einer Hauptschule arbeitet, vermisst etwa Konzepte zur Förderung der Zweisprachigkeit von Kindern und zu einer Öffnung von Kulturinstitutionen für Migranten. „Museumpädagogen hätten dafür sicherlich viele gute Ideen.“

Dass das Amt für multikulturelle Angelegenheiten eine Stelle bekommen soll, um gegen Radikalisierung junger Leute vorzugehen, heißt Gülegen gut. Kritik übt

er aber an den Plänen von Innenminister Boris Rhein (CDU) zur Bekämpfung des Salafismus. „Ihm fehlen Ideen, wie wir einer Radikalisierung entgegenwirken können. Wir müssen den Jugendlichen Perspektiven bieten, ihnen vermitteln, dass sie Teil dieser Gesellschaft sind.“ Auf sein Missfallen stößt auch die derzeitige Diskussion über Zuwanderer aus Rumänien



Enis Gülegen führt die KAV seit 2006. Seit kurzem ist er auch Vorsitzender des hessischen Landesausländerbeirats.

Foto Helmut Fricke

und Bulgarien. „Das sind keine Armutsflüchtlinge, sondern EU-Bürger.“ Soziale Probleme dürften nicht für eine rassistische Debatte herhalten, die immer tätliche Übergriffe zur Folge haben werde – wie jüngst in der Nähe von München, wo ein Asylbewerberheim angezündet worden sei.

Dass die KAV beim dezernatsübergreifenden Runden Tisch zum Umgang mit Rumänen und Bulgaren in der Stadt nicht da-

bei ist und auch an der Entwicklung des Zehn-Punkte-Papiers Feldmanns und Eskandari-Grünbergs nicht beteiligt war, findet Gülegen enttäuschend: „Das ist ein Wermutstropfen.“

Gülegen weiß, dass sich die KAV gelegentlich mit Querelen selbst im Weg steht. Vor kurzem hat er wieder einen Abwahlantrag überstanden. Dass die KAV nicht immer berücksichtigt wird, führt ihr Vorsitzender aber vor allem darauf zurück, dass das Amt für multikulturelle Angelegenheiten so präsent sei, dass man die Ausländervertretung erst in zweiter Linie denke. Das zeige ein Vergleich mit anderen Städten, sagt Gülegen, der seit gut zwei Jahren im Vorstand des Landesausländerbeirats ist und ihm seit November auch vorsitzt. In Kommunen, in denen es ein solches Amt nicht gebe, sei der jeweilige Ausländerbeirat die erste Adresse.

Vor gut einem Jahr hatte Gülegen den Kommunalpolitikern in der Stadtverordnetenversammlung im Namen der KAV „unterlassene Hilfeleistung“ vorgeworfen. Daraus sei ein regelmäßiger Jour fixe mit den Grünen entstanden, sagt Gülegen. „Das ist eine wichtige Entwicklung.“

Bald, am 30. Januar, gibt der Vorsitzende seinen nächsten Bericht ab. Was er sich von Feldmann wünscht, formuliert er schon einmal: „Die KAV wird oft vergessen, vom Oberbürgermeister erwarte ich etwas anderes.“ **toe.**

ANZEIGE

WWW.HWK-RHEIN-MAIN.DE

Wir gratulieren den Jungmeisterinnen und Jungmeistern 2014 zum Meisterbrief.

Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main

DAS HANDWERK DIE WIRTSCHAFTSMACHT VON NERVEN

Stadt kürzt Förderung für „Frankfurt liest ein Buch“

Das Literaturfestival „Frankfurt liest ein Buch“ erhält dieses Jahr von der Stadt 10 000 Euro weniger als im Vorjahr. Kulturdezernent Felix Semmelroth (CDU) hat den Zuschuss für das jährliche Lesefest von 30 000 auf 20 000 Euro gekürzt. „Es ist ein hervorragendes Festival“, sagte er gestern auf Anfrage. „Aber ich stehe unter einer ausgesprochen restriktiven Haushaltsbewirtschaftung.“ Der Etat des Festivals liege bei rund 60 000 Euro. Damit habe die Stadt zuletzt die Hälfte des Budgets beigesteuert. Er gehe davon aus, dass die Organisatoren des seit 2010 ausgerichteten Festivals, zu denen der Verein „Frankfurt liest ein Buch“ und wechselnde

Verlage zählen, auch mit einem kleineren Zuschuss sinnvolle Arbeit leisten könnten. Die Stadt hat das Festival von Anfang an unterstützt. In den Jahren 2010 und 2011 förderte sie es mit jeweils 15 000 Euro, im Jahr 2012 und im vorigen Jahr erhöhte sie ihren Beitrag auf 30 000 Euro. Damit liegt der gekürzte Zuschuss für das diesjährige Festival noch immer höher als die Fördersumme der Anfangsjahre.

Die Veranstalter um den Frankfurter Verleger Klaus Schöffling erreichte die Nachricht des Kulturdezernats mitten in der Planung für das Lesefest, das in diesem Jahr vom 31. März bis zum 13. April

stattfindet. Die Mitteilung der Stadt habe einige Pläne umgeworfen, sagte Schöffling gestern. Er ist Vorsitzender des Festivalvereins und bemüht sich nun um Unterstützung von anderer Seite.

In den vergangenen Jahren hat „Frankfurt liest ein Buch“ jeweils mehreren tausend Besuchern Gelegenheit gegeben, vergriffene Romane wiederzuentdecken, die einen Bezug zur Stadt haben. Auf Valentin Sengers „Kaiserhofstraße 12“ folgten Wilhelm Genazinos Trilogie „Abschaffen“, Silvia Tenenbaums „Straßen von gestern“ und Siegfried Kraacuers „Ginster“. In diesem Jahr geht es um Eckhard Henscheids Roman „Die Volldioten“. **balk.**

FRANKFURTER GESICHTER

Marianne Leuzinger-Bohleber

Ihre Arbeit habe fast etwas Detektivisches, sagt Marianne Leuzinger-Bohleber. Immer wieder fasziniert es sie, den Ursachen psychischer Leiden auf die Spur zu kommen und die Fortschritte mitzuerleben: etwa wenn ein Patient Humor im Traum entwickelt, wo zuvor nur Albträume waren. „Ohne die Praxis würde ich den Bezug zur Analyse verlieren“, sagt sie.

Doch seit etlichen Jahren hat die Psychoanalytikerin nur noch frühmorgens oder spät am Abend Zeit für die Praxis. Das Sigmund-Freud-Institut (SFI), dessen Direktion sie mit Rolf Haubl seit 2002 innehat, ist ihr Hauptberuf.

Es war keine einfache Zeit, in der Marianne Leuzinger-Bohleber das traditionsreiche Institut übernahm: Von der Schließung bedroht, musste es sich neu ausrichten. Seither ist das 1959 gegründete SFI zu neuer Blüte gekommen. Zahlreiche Forschungsprojekte arbeiten an aktuellen Fragen der Gesellschaft: In Frankfurter Kindertagesstätten wurden etwa die „Ersten Schritte“ von Migrantenkindern begleitet, später evaluierte eine „Präventionsstudie“ Projekte, die gefährdeten Kindern ein möglichst sicheres Fundament für das Leben vermitteln sollen. Derzeit werten Leuzinger-Bohleber und ihre Mitarbeiter eine große Studie zur Wirksamkeit verschiedener Therapien bei der neuen Volkskrankheit Depression aus. Wenn sie anhand der ersten Ergebnisse geradezu erleichtert sagen kann „wir können etwas machen“, spricht aus der Forscherin und Wissenschaftsmanagerin, die an der Universität Kassel einen Lehrstuhl für Psychoanalyse innehat, die auf das Helfen bedachte Analytikerin.

Die 1947 im schweizerischen Kanton Glarus geborene Leuzinger-Bohleber hat gelernt, mit den Vorurteilen ihrer Disziplin gegenüber umzugehen – und auch die eigene Zukunft reagiert bisweilen befremdet auf den Forscherdrang der Analytiker. Schon Anfang der neunziger Jahre wagte sich Leuzinger-Bohleber, die neben Psychologie auch Medizin, Heilpädagogik und Germanistik studiert hat, auf ein damals hartumkämpftes Terrain: die Psychoanalyse mit den Neurowissenschaften in Dialog zu bringen. Mittlerweile blüht die inter-



Zeichnung Oliver Sebel

disziplinäre Forschung anhand der neuen bildgebenden Verfahren. Für Leuzinger-Bohleber ein weiterer Schritt in der Tradition, Wechselwirkungen von Körper und Seele zu erforschen.

Die lautstarken Debatten von einst weiß sie ebenso schlicht, aber bestimmt beiseitezulegen wie den Idealismus, der zu ihren Studienzeiten das Bild der Psychoanalyse beherrscht habe. Überhaupt sind Übertreibungen der zierlichen blonden Schweizerin, die vor ihrem Studium Sopranistin in Konzertsambles war, so wesensfremd wie taktisches Auftrumpfen. Im Gespräch vermittelt sie stets den Eindruck, ihre Freiheit, zu forschen und ihrer Disziplin neue Wege zu eröffnen, speise sich aus dem Bewusstsein um die Fragilität des Lebens.

Dass sie ihren Berufsweg, der sie in die internationale Forschung geführt hat, stets auch als Ehefrau des Analytikers Werner Bohleber und Mutter eines Sohnes und einer Tochter gegangen ist, beschreibt sie ebenso selbstverständlich, wie sie sagen kann, dass sie auch nach 25 Jahren in Frankfurt immer noch die Berge vermisst. Wenn sie in absehbarer Zeit ihre Tätigkeit an Universität und Institut beendet, dürfte auch für das Wandern, das Lesen und die Musik wieder mehr Zeit bleiben. Und für die praktische Arbeit: „Ich bin einfach gern Analytikerin.“ **EVA-MARIA MAGEL**

Verfechter der Freiheit

Früherer Verfassungsrichter Hassemer gestorben

Sein Vorsatz, es etwas ruhiger angehen zu lassen, war in den vergangenen Jahren meist ein solcher geblieben. Winfried Hassemer, ehemals Strafrechtslehrer, Datenschutz, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, wurde viel zu oft um Rat, Expertise und die Teilnahme in einer Talkrunde gebeten, als dass er seine Sehnsucht nach mehr Zeit für die Beschäftigung mit klassischer Musik oder moderner Architektur hätte stillen können. Hassemer, als Anwalt weiter engagiert und stets interessiert daran, was sich im politischen und gesellschaftlichen Gefüge verändert, verweirte sich selten. Am Donnerstag ist er mit 73 Jahren gestorben.

Als Nachfolger des hessischen Datenschutzbeauftragten Spiros Simitis vermachte der Frankfurter Strafrechtslehrer Hassemer schnell Bedenken zu zerstreuen, er werde weniger gehört werden. Zwischen 1991 und 1996 verteidigte er sehr vernehmbar das Rechtssystem gegen Kronzeugenregelung oder Großen Lauschangriff. Als Vorsitzender des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts behielt er sein Anliegen im Auge, eine Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu bewahren. Einem breiten Publikum bekannt wurde er, als er 2003 die Entscheidung bekanntgab, das Verbotverfahren gegen die NPD werde eingestellt, weil V-Leute des Verfassungsschutzes in der Führung der Partei vertreten seien.

Die Frankfurter Universität hatte Hassemer 1973, im Alter von nur 33 Jahren, auf den Lehrstuhl für Rechtslehre und Strafrecht berufen. Der Rheinhesse mochte Frankfurt der Vielfalt wegen. Für Bockenheim, wo er nahe seinem ehemaligen Institut lebte, erwartete er sich viel vom Kulturcampus. Hessens Justizminister Jörg-Uwe Hahn würdigte Hassemer als eine „außergewöhnliche Persönlichkeit von weltweitem Ansehen“. Bundesjustizminister Heiko Maas sagte, das Land verliere einen „großen Rechtsdenker“. (Siehe Seite 4.) **hs.**

Kurze Meldungen

Falschgeld ist das Thema zweier Gesprächsführungen durch die im Archäologischen Museum gezeigte Ausstellung „Kriminalität im Römischen Reich“. Kriminalhauptkommissarin Brigitte Hunold und Kurator Peter Falsold erläutern heute um 14 und um 16 Uhr, wie man antiken Falschmünzern auf die Spur kommt. **rieb.**

Ein Wohnungsbrand an der Straße Im Hirschländchen in Goldstein hat gestern Abend einen Schaden in Höhe von 50 000 Euro zur Folge gehabt. Ein 84 Jahre alter Wohnungsmieter kam mit Rauchgasvergiftung ins Krankenhaus. Zwei weitere Personen wurden laut Feuerwehr ambulanzversorgt. Im zweiten Obergeschoss waren Teile des Mobiliars in Brand geraten. Die Feuerwehr brachte die Möbelstücke ins Freie und löschte sie. **wbr.**

RHEIN-MAIN-ZEITUNG

Zeitung für Frankfurt

VERANTWORTLICHE RESSORTLEITER: Dr. Matthias Alexander (Stadt) und Peter Lückemeier (Region). Patricia Andree, Peter Badenhop, Mechthild Harting, Katharina Iskandar, Ingrid Karb, Christian Palm, Hans Riebsamen, Tobias Rössmann, Rainer Schulze, Helmut Schwan, Dieter Schwöbel, Stefan Toeffer, Matthias Trautsch, Jacqueline Vogt, Sascha Zoske.

KULTUR: Michael Hierholzer (Koordination); Dr. Florian Balke, Harald Budweg, Katharina Deschka-Hoek, Eva-Maria Magel.

WIRTSCHAFT: Manfred Köhler (Koordination); Tim Kanning, Jochen Remmert, Thorsten Winter.

KORRESPONDENTEN: Wolfram Ahlers, Bernhard Biener, Oliver Bock, Werner Breunig, Luise Glaser-Lotz, Rainer Hein, Dr. Ewald Herold, Heike Latka, Hanns Mattes, Markus Schug, Eberhard Schwarz, Anton Jakob Weinberger.

LANDESPOLITIK: Ralf Euler.

RHEIN-MAIN-SPORT: Der Rhein-Main-Sport wird redigiert von der Sportredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; verantwortliche: Anno Hecker; Marc Heinrich, Leonhard Kazda, Ralf Weitbrecht.

ANSCHRIFT FÜR DEN VERLAG UND REDAKTION: Postanschrift: 60267 Frankfurt am Main

Hausanschrift: Hellerhofstraße 2–4,

60327 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7591–0, Redaktions-Telefax (069) 7591-1773 und -2075,

E-Mail-Adresse der Redaktion: rhein-main@faz.de

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Andreas Formen. RheinMainMedia GmbH, Frankenallee 71–81, 60327 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7501-4000, Telefax (069) 7501-4105. **Anzeigenpreise** laut RMM-Preisliste Nr. 19, gültig vom 1. Januar 2014 an.

Abonnementsannahme am Schalter (Nähe Galluswarte).

Beilagenhinweis: Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegen Prospekte der folgenden Firmen bei: **Kieser Training; Hifi-Profis.** Informationen zur Prospektwerbung: Telefon: 069/75 01–41 13; Telefax: 069/75 01–41 16; E-Mail: beilagen@rheinmainmedia.de

Blockupy-Kontrollen rechtmäßig

Gericht weist Klage gegen Buskontrollen von 2012 zurück

Im Mai 2012 hat die Polizei Reisebusse mit Blockupy-Aktivisten angehalten und den Passagieren verboten, sich während der damals anstehenden Aktionstage in der Frankfurter Innenstadt aufzuhalten. Seither ist von den Gerichten schon dies und das entschieden worden: Es war nicht rechtmäßig, an zwei Protesttagen alle Aktionen aus Angst vor Ausschreitungen zu verbieten. Es war nicht rechtmäßig, allen Busreisenden aus dem Norden zu verbieten, die Frankfurter Innenstadt zu betreten. Gestern wurden die Buskontrollen im Vorfeld von Blockupy 2012 vor dem Verwaltungsgericht noch einmal verhandelt. Geklagt hatte eine Demonstrantin, die während der Kontrollen mehr als fünf Stunden lang festgehalten worden war.

Blockupy 2012? Die Erinnerungen an die Tage im Mai sind verschwommen. Die Verhandlung gestern bewies, wie akribisch Polizei und Aktivisten auch knapp zwei Jahre später um die Deutungshoheit über das Geschehen ringen. Der Anwalt der Demonstrantin monierte, die Polizei habe gar nicht die Absicht gehabt, unauffällige Busreisende nach den Kontrollen weiterfahren zu lassen. Es seien „unisono und vorab intendiert“

Platzverweise erteilt worden. Zudem hätten die Kontrollen zu lange gedauert. „Wie hätten wir es denn machen sollen?“, fragte dagegen der Vertreter des Landes Hessen, gegen das die Klage gerichtet war. Er verwies auf eine angespannte Lage vor den Blockupy-Tagen und darauf, dass in den Reisebussen 13 Leute saßen, die der Polizei schon bei Ausschreitungen bei einer Demonstration im März 2012 aufgefallen waren.

Das Verfahren war eines der letzten zu Blockupy 2012. Wie schon in einem ähnlichen Fall wies das Gericht die Klage zurück: Die Kontrollen seien gerechtfertigt, weil der Verdacht begründet gewesen sei, die Insassen könnten Straftaten begehen. Ein Detail aus dem Verfahren vom Sommer 2013 war gestern kein Thema mehr: Damals hatte die Kammer festgestellt, dass es der Polizei nicht erlaubt gewesen sei, die Aktivisten nach ihrer Kontrolle noch weiter festzuhalten.

Auch bei Blockupy 2013 hat die Polizei Busse angehalten. Die zweite Protestauflage ist immer noch nicht juristisch aufgearbeitet, im Mittelpunkt steht dabei der umstrittene Polizeikessel. Erst Anfang Januar wurden deswegen Polizisten und ein Amtsrichter angezeigt. **pede.**

Ermordeter Wettfirmen-Betreiber beigesetzt

Eine Woche nach dem Mord an dem Inhaber einer Sportwettfirma ist das Motiv der Tat noch immer unklar. Der 50 Jahre alte Oliver F., der in Heusenstamm lebte und in Sachsenhausen seinen Firmensitz hatte, wurde gestern auf dem Waldriedhof in Oberrad beige- setzt. Unter den rund 300 Trauergästen waren außer der Familie und vielen Freunden des Toten vor allem Bekannte aus seinem beruflichen Umfeld.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft ermittelt die Polizei weiterhin in alle Richtungen. Dem Vernehmen nach schließen die Beamten auch ein persönliches Motiv nicht aus. Allerdings scheinen sich die Ermittlungen auf die geschäftlichen Verbindungen des Opfers

zu konzentrieren. So sei die „Soko Walter“, wie die nach dem Mord eingerichtete Ermittlungsgruppe heißt, derzeit dabei, sich einen Überblick über das Unternehmen Happybet zu verschaffen, das der Getötete mit seinem Bruder geführt hatte. Dieser Teil der Ermittlungen gestaltet sich wegen der engen Geschäftsbeziehungen mit einem maltesischen Glücksspielunternehmen und der dort registrierten Firmenlizenzierung als äußerst schwierig, wie es heißt.

Auf der Beerdigung wurde mehrfach erwähnt, Oliver F. habe kurz vor der Hochzeit mit seiner zweiten Frau gestanden. Zudem war zu hören, er habe erst vor kurzem „nach schwierigen Fahrwasser“ beruflich wieder „festen Boden“ gewonnen. **isk.**

Drei Vorträge zur Entwicklung Frankfurts

Seine Vortragsreihe „Jahrhundertringe“ über die Entwicklung der Stadt Frankfurt setzt das Institut für Stadtgeschichte in diesem Jahr fort. Am Montag, 20. Januar, spricht Fritz Backhaus, der stellvertretende Direktor des Jüdischen Museums, um 18.30 Uhr im Karmeliterkloster, Münzgasse 9, über „Das Frankfurter Ghetto“. Es folgt am 17. Februar ebenfalls um 18.30 Uhr im Kar-

meliterkloster unter der Überschrift „Frankfurt ändert sein Gesicht“ ein Vortrag von Evelyn Brockhoff, der Direktorin des Instituts für Stadtgeschichte, über den Weg Frankfurts vom Klassizismus zum Historismus. Am 10. März um 18.30 Uhr referiert im Karmeliterkloster Lutz Becht vom Institut für Stadtgeschichte über das Thema „Frankfurt wird Großstadt“. **rieb.**

PREMIERE DES NEUEN RENAULT MÉGANE: FEIERN SIE MIT!

TAG DER OFFENEN TÜR AM 11. JANUAR 2014 VON 9:00 – 16:00 UHR

RENAULT MÉGANE 5-TÜRER PARIS DELUXE
1.6 16V 87 kW (110 PS)

229,- €¹ monatlich ab

0 % EFFEKTIVER JAHRESZINS

• 2-Zonen-Klimaautomatik • integr. Navigationssystem Carminat TomTom® 2.0 Live • Einparkhilfe
• Keycard Handsfree • Außenspiegel elektrisch anklappbar

¹Fahrzeugpreis 16.890,- EUR, Bei Finanzierung: Nach Anzahlung von 0,- EUR, Nettodarlehensbetrag 18.886,81 EUR (inkl. Restschuldversicherung in Höhe von 1.996,81 EUR), 48 Monate Laufzeit (47 Raten à 229,- EUR und eine Schlussrate: 8.123,81 EUR), Gesamtaufleistung 40.000 km, eff. Jahreszins 0 %, Sollzinssatz (gebunden) 0 %, Gesamtbetrag der Raten 18.886,81 EUR, Gesamtbetrag inkl. Anzahlung 18.886,81 EUR. Ein Finanzierungsangebot für Privatkunden der Renault Bank, Geschäftsbereich der RCI Banque S.A. Niederlassung Deutschland, Jagenbergstraße 1, 41468 Neuss.

Renault Mégane 5-Türer Paris Deluxe 1.6 16V 110: Gesamtverbrauch (l/100 km): innerorts 9,4; außerorts 5,5; kombiniert 6,9; CO₂-Emissionen kombiniert: 159 g/km. (Werte nach Messverfahren VO [EG] 715/2007).

Renault Mégane: Gesamtverbrauch kombiniert (l/100 km): 7,3 – 3,5; CO₂-Emissionen kombiniert (g/km): 160 – 90 g/km. (Werte nach Messverfahren VO [EG] 715/2007).

RENAULT NIEDERLASSUNG FRANKFURT

Mein Frankreich am Main

Renault Retail Group Deutschland GmbH
60314 Frankfurt | Hanaauer Landstr. 344–346
Tel.: 069 401002-27
neuwagen@renault-frankfurt.de
www.renault-frankfurt.de

RENAULT

Abbildung zeigt Renault Mégane GT-Line mit Sonderausstattung.